

stillhalten ist

tödlich.



Protestmarsch zur US-Airbase /
Atomwaffenlager Ramstein (Pfalz)
Samstag, 20. März 2004

Auftaktkundgebung
12.30 Uhr in Landstuhl

Protestmarsch
13.30 bis 15.00 Uhr

Abschlusskundgebung
15.00 bis 16.30 Uhr vor der US-Airbase

weitere Infos unter
www.ippnw.de/ramstein
ramstein@ippnw.de
Info-Telefon 02 28 / 69 29 04

Kontakt

Trägerkreis »20. 03. 04 Ramstein«
c/o Netzwerk Friedenskooperative, Römerstraße 88,
53111 Bonn, Telefon 02 28 / 69 29 04, Fax 02 28 / 69 29 06

Spendenkonten

IPPNW, Kto-Nr. 60 042 447 bei der Stadtparkasse Rastatt,
BLZ 665 500 70, Stichwort: Ramstein
Förderverein Frieden, Kto-Nr. 33 035 bei der Sparkasse Bonn,
BLZ 380 500 00, Stichwort: Ramstein

Protestmarsch zur US-Airbase / Atomwaffenlager Ramstein in Rheinland-Pfalz

Als Teil der am 20. 3. – dem Jahrestag des Irakkriegsbeginns – gleichzeitig in vielen Ländern demonstrierenden Friedensbewegung rufen wir zum Protest gegen eine unverantwortliche Kriegs- und Atomwaffenpolitik auf.

1. Wir wehren uns gegen einen kulturellen Rückfall auf die Stufe imperialistischer, **zudem völkerrechtswidriger Angriffskriege** in der Art des Irakkrieges.
2. Wir fordern die vollständige Herstellung der Autorität der UN zum Schutz des Friedens auf der Basis der Gleichheit und der Ebenbürtigkeit der Völker.
3. Wir verlangen, endlich die Erfahrung zu beherzigen, dass **Krieg Terrorismus nicht besiegt**, sondern nur verschärft. Stattdessen sind alle Anstrengungen geboten, in Krisenregionen die friedenswilligen Mehrheiten in ihrer Widerstandskraft gegen terrorismusbereite Minderheiten zu stärken.
4. Wir protestieren schärfstens gegen die **Weigerung der Atomwaffenländer**, ihren Abrüstungsverpflichtungen bis hin zur Abschaffung aller Atomwaffen aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) von 1970 nachzukommen – und erst recht gegen die Modernisierung bestehender atomarer Potentiale in allen Atomwaffenländern. Neue, kleine Atomwaffen senken die Hemmschwelle ihres Einsatzes.

*Vertrauen in Waffen, in denen die Energie zu millionenfacher Auslöschung von Leben konzentriert ist, raubt zwangsläufig das Vertrauen in die eigenen menschlichen Kräfte zum gewaltfreien Aufbau einer allein verlässlichen **gemeinsamen** Sicherheit.*

Deshalb rufen wir erneut mit allem Nachdruck zu totaler atomarer Abrüstung auf und unterstreichen diesen Willen durch unseren **Protestmarsch zum Atomwaffenlager / US-Air-Base Ramstein** im Rahmen des Welt-Friedensaktionstages am 20. 3. 2004

30.000 nukleare Sprengköpfe sind noch weltweit gehortet. 65 Atombomben mit der insgesamt 150fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, die 200 000 Menschen getötet hat, lagern in unserem Land, so auch in Ramstein. 87 Prozent der Deutschen verlangen (laut Forsa-Umfrage) die Beseitigung dieser Atombomben, die selbst nur die Gefahr bilden, gegen die sie angeblich schützen sollen.

Gemeinsam mit der großen Mehrheit der Völker aller Kontinente rufen wir:
Schluss mit der Komplizenschaft von Krieg und Terror!
Schluss mit atomarer Erpressung!

Wir fordern: **Die Abschaffung aller Atomwaffen als einen großen Schritt hin zu einer Welt ohne Krieg!**
Kein Ausbau des Kriegsflughafens Ramstein!

Wir mahnen: Stillhalten ist tödlich!

Trägerkreis für
den Protestmarsch
in Ramstein am 20. 3. 2004

Im Trägerkreis arbeiten mit: Attac Deutschland, Bund für soziale Verteidigung (BSV), Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen (GAAA), Friedens- und Zukunftswerkstatt, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Kooperation für den Frieden, NaturwissenschaftlerInnen Initiative, Netzwerk Friedenskooperative, pax christi Deutschland, Pressehütte Mutlangen, Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen«

Unterstützende Organisationen

Aachener Friedenspreis; Arbeitskreis Darmstädter Signal; Grüne Liga; Frauen Friedens Initiative Dortmund; Friedens-NetzSaar; Internationaler Versöhnungsbund Deutscher Zweig; Künstler und Künstlerinnen gegen Krieg; Ohne Rüstung Leben; Mütter gegen Atomkraft, Nürnberg; RüstungsInformationsBüro und Freiburger Friedensforum

ErstunterzeichnerInnen

Werner Ackermann, Berlin; Franz Alt, Baden-Baden; Dr. Thea Bauriedel, München; Dr. Johannes Becker, Marburg; Peter Betz, Minden; Prof. Dr. Ulrike Beisiegel, Hamburg; Senta Berger, München; Michael Bouteiller, Lübeck; Daniela Dahn, Berlin; Dr. Karl-H. Dehe, Berlin; Dr. Diether Dehm, Lörrach; Prof. Dr. Iring Fetscher, Frankfurt; Sonja u. Andreas Flitner, Tübingen; Christoph Fuhrbach, Kaiserslautern; Prof. Dr. Franz Fujara, Mühlthal; Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Frankfurt; Jan Gildemeister, Bonn; Jürgen Glöckler, Hirschberg; Günter Grass, Lübeck; Regina Hagen, Darmstadt; Dr. Corinna Hauswedell, Bonn; Prof. Dr. Peter Hennicke, Wuppertal; Stefan Herbst, Bonn; Curt Hondrich, Leichlingen; Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen; Heiko Kauffmann, Meerbusch; Sabine Kebir, Berlin; Prof. Dr. Ekkehart Krippendorff, Berlin; Manfred Krug, Berlin; Oscar Lafontaine, Saarbrücken; Dr. Christine Lammers, Hagen; Dr. Wolfgang Liebert, Darmstadt; Gisela May, Berlin; Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrück; Kristin Mühlenhardt-Jentz, Nürnberg; Dr. Reinhard Mutz, Hamburg; Prof. Dr. Oskar Negt, Hannover; Dr. Götz Neuneck, Hamburg; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Prof. Dr. Horst Petri, Berlin; Bergrun und Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Gießen; Dr. Rene Rösper, Berlin; Michael Schindhelm, Basel; Horst Schmitthener, Frankfurt; Prof. Dr. Jürgen Schneider, Göttingen; Friedrich Schorlemmer, Lutherstadt Wittenberg; Dr. Christine Schweitzer, Hamburg; Klaus Steack, Heidelberg; Dr. Peter Strutynski, Kassel; Christel Starke, Halle; Barbara Thalheim, Berlin; Michael Verhoeven, München; Konstantin Wecker, München; Prof. Dr. Josef Weizenbaum, Berlin

Internationale
UnterstützerInnen

British Pugwash Group; International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES); International Peace Bureau, Genf; Physicians for Social Responsibility (PSR) USA; Tadatashi Akiba, Bürgermeister von Hiroshima / Japan; Prof. Dr. Johan Galtung, Oslo / Norwegen; Dr. David Krieger, Santa Barbara / USA; Prof. Dr. Bernard Lown, Boston / USA; Mike McCally, Boston / USA; Hans-C. Graf Sponeck, Genf / Schweiz; Sir Peter Ustinov, Genf / Schweiz

»stillhalten ist tödlich«

Millionen Menschen protestierten am 15. Februar 2003 in allen fünf Kontinenten gegen den bevorstehenden Irakkrieg. Fast einhellig lehnten Bevölkerungsmehrheiten in Umfragen den Krieg ab.

Dennoch wurde dieser durchgesetzt – mit erlogener Begründung, gegen das Votum des UN-Sicherheitsrates, gegen das Völkerrecht und ohne Vorsorge für die durch Diktatur und Sanktionen geplagten Menschen im Irak. Zugleich wurde das Prinzip der Gleichheit und Ebenbürtigkeit der Völker, Fundament der UN, zugunsten unilateraler Machtwillkür außer Kraft gesetzt.

Darüber hinaus bedroht die Ankündigung einer neuen nuklearen Einschüchterungs- und Bedrohungspolitik durch die USA die Arbeit an einer gemeinsamen Sicherheit. Die atomaren Rüstungsmaßnahmen der USA zeigen das Zurückschwenken zu einer nuklearen Erpressungsstrategie unter zynischer Missachtung internationalen Rechts. (siehe Kasten Rückseite)

Ramstein als Ort der Aktion ist in vieler Hinsicht zentral: Der Irakkrieg ging auch von Deutschland aus und kommende Kriege werden das wieder tun. Von den Anlagen in Ramstein in der Pfalz und Spangdahlem in der Eifel starteten US-Bomber und von dort nahm der Nachschub seinen Weg in den Irak. Die USA betreiben mit Billigung Deutschlands und mit öffentlichen Geldern den weiteren Ausbau beider Standorte. Das hat Gesundheits- und Umweltfolgen zu Lasten von Bevölkerung und Umwelt. (Siehe Kasten)

Die in Ramstein gelagerten US-Atomwaffen werfen die Frage nach der Vertragstreue Deutschlands gegenüber dem Atomwaffensperrvertrag auf. Die Bundesrepublik hat diesen 1975 ratifiziert und sich damit als Nichtkernwaffenstaat verpflichtet, Kernwaffen von niemanden unmittelbar oder mittelbar anzunehmen. Mit den auf deutschem Boden eingelagerten Atombomben, die im Rahmen eines NATO-Krieges auch von deutschen



Ausbau der US-Airbase Ramstein

Bereits ab 2005 wollen die USA ihre Truppen- und Materialtransporte hauptsächlich über die US-Airbase in Ramstein abwickeln. Dafür wird der Stützpunkt seit Juni 2003 erweitert und auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Spangdahlem in der Eifel wurde bereits ein neues Flugfeld als Ausweichflughafen eingeweiht. Zusätzlich zu den schon stationierten Kampfeinheiten sollen Ramstein als Personaldrehkreuz und Spangdahlem als Munitions- und Treibstofflager ausgebaut werden, die US-Airbase Rhein-Main in Frankfurt wird bis 2006 aufgelöst.

Der Bund und das Land Rheinland-Pfalz finanzieren den Ausbau der US-Stützpunkte mit – wieder einmal begründet mit dem (Schein)argument Arbeitsplätze. So wird Militär subventioniert und eine ganze Region einseitig ausgerichtet und zerstört – statt mit Rüstungskonversion und nachhaltigen Arbeitsplätzen vom todbringenden Kriegsflughafen wegzukommen und zivile Alternativen zu fördern.

Gegen die Genehmigung für den Ausbau Ramsteins – u.a. auch mittels Zwangsenteignungen – zieht eine Klagegemeinschaft vor Gericht. Sie will den sofortigen Baustopp erreichen, denn die Behörden haben sich nicht zuletzt über 13.000 Ein-



wendungen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern hinweggesetzt. Für die betroffene Bevölkerung um die Airbase bedeutet der militärische Betrieb längst ein Unmaß an täglichem Lärm und Emissionen. Die massiven Gesundheits- und Umweltschädigung zu Lasten von Bevölkerung und Umwelt werden mit der Erweiterung noch zunehmen. Dann werden noch mehr gefährliche Treibstoffe, Munition, Waffen und Atomsprengköpfe hier gelagert.

Besonders die hochgiftigen und unter Krebsverdacht stehenden Abgase des NATO-Treibstoff JP-8 greifen täglich Mensch und Umwelt an. Der durch Zusatzstoffe hochtoxische Treibstoff ist ein Sinnbild der weltweiten Kriegspolitik: er ist an jedem Ort, bei jeder Temperatur, in jeder Maschine einsetzbar und zum Schutz der eigenen Soldaten explosionsgehemmt. Doch das »Dreamfuel der NATO« steht im Verdacht bei Soldaten und der mit ihm in Kontakt kommenden Bevölkerung Krebs und MCS (Multiple Chemikalien Sensibilität) auszulösen.

Menschenverachtung und Kollateralschäden der Kriegsmaschinerie beginnen hier in Ramstein.



Um diesen Zustand und die Gefahren der damit zu erwartenden Rüstungseskalation und Militarisation internationaler Politik im Schatten der Atomwaffen zu thematisieren, rufen wir zu einem Aktionstag an dem Ort in Deutschland auf, an dem die USA ihre Freifallbomben für den Einsatz lagern. Hier könnte auch bald die neue Generation von Atomwaffen, sogenannte »Mini-Nukes«, stationiert werden.

Der internationale Aktionstag am 20. März 2004 greift den Appell des Europäischen Sozialforums von Paris und zuletzt des Weltsozialforums in Mumbai an alle Bürger der Welt auf, zu einem Internationalen Tag des Protests gegen Krieg zu mobilisieren. Auch den weltumspannenden Demonstrationstag des 15. Februar 2003 hatte das Europäische Sozialforum in Florenz angeregt.

Piloten abgeworfen werden könnten, wird dies fraglich. Es ist deswegen sehr wichtig, dass Europa ganz entschieden auf Atomwaffen wie auch auf den Einsatz militärischer Gewalt als Mittel für die Lösung von Konflikten verzichtet.

Die erheblichen Kosten der Entwicklung, Herstellung und Bereithaltung der Atomwaffen und der benötigten militärischen Interventionsstrukturen führen zu beachtlichen sozialen und politischen Belastungen. Neue Atomwaffen werden die Fülle sozialer und politischer Konflikte verstärken und die Bedingungen von Frieden untergraben. Den Sozialabbau aufgrund neoliberalen Wettbewerbs zwischen den Staaten aber auch in den USA, in Europa und nicht zuletzt in Deutschland selbst müssen wir bereits erleben.

Fortsetzung nächste Seite

Gegen eine Weltordnung nuklearer Erpressung

Der Sieg über Saddam Hussein, die Eroberung der Ölquellen, sogar die koloniale Amerikanisierung des islamischen Mittleren Ostens über den Brückenkopf Irak waren nur Teilziele der US-Regierung auf dem Weg, den Anspruch einer unilateralen Weltherrschaft durchzusetzen und die nach den Prinzipien der UN festgeschriebene partnerschaftliche Weltordnung gleicher und ebenbürtiger Nationen aufzugeben. Die Abkoppelung vom Sicherheitsrat beim Kriegsentscheid war für die USA ein signifikanter Test. Die neue offizielle Sicherheitsstrategie des Pentagon, die jeden mit einem Angriffskrieg bedroht, der die nukleare Überlegenheit der USA antastet, liegt auf der gleichen Linie.

Die internationale Friedensbewegung, die sich am 15. Februar 2003 in einem nie zuvor erreichten Umfang in allen 5 Kontinenten präsentiert hat, verfügte nicht über die Macht, den Krieg zu verhindern. Aber sie hat nun die Chance, eine andere Macht in den Völkern zu stärken, nämlich den

moralischen Widerstand gegen die Unterordnung unter eine letztlich auf nukleare Erpressung gestützte Hegemonie.

Die Glaubwürdigkeitskrise der Kriegsverantwortlichen bietet nunmehr die Gelegenheit, nicht nur die verdrängte Atomwaffengefahr als solche wieder bewusst zu machen, sondern in dieser die noch größere Gefahr zu erkennen, nämlich die Selbstverklavung der Menschen an eine verantwortungslose Ausrottungstechnologie. In dem Maße der Übertragung der »Sicherheitskontrolle« an Nuklearwaffen wachsen Angst, Hass und terroristische Initiativen, schrumpft andererseits das Zutrauen in das humane Vermögen, Verfeindungen durch Verständigungswillen zu überwinden, wie ihn Gorbatschow und Mandela erfolgreich demonstriert haben. Also verstehen wir den Marsch nach Ramstein nicht nur als eine Anti- sondern mehr noch als eine Pro-Demonstration, nämlich zum Aufbruch für das Ringen um eine gemeinsame Sicherheit in der Welt.

Horst-Eberhard Richter

Fortsetzung von Seite 3

In einem Gutachten von 1996 hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag die offiziellen Atomwaffenmächte an die Einhaltung ihrer 1970 eingegangenen Verpflichtung zu Verhandlungen gemahnt, die zur vollständigen atomaren Abrüstung führen sollen. Die Kernaussage des Richterspruches lautete: Schon die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen verstößt generell gegen das Völkerrecht und im besonderen gegen die Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.

Wider den fehlenden politischen Willen zu wirklicher Abrüstung haben Friedensorganisationen als eine Wegstation eine Atomwaffenkonvention erarbeitet. Diese verbietet die Entwicklung, das Testen, die Produktion, die Lagerung, den Transfer, die Nutzung und die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen. Atomwaffen-Staa-

ten werden verpflichtet, in einer bestimmten zeitlichen Abfolge ihre Arsenale zu zerstören. Zugleich verbietet die Konvention die Produktion von waffenfähigen spaltbaren Materialien, und sie umfasst die Zerstörung von Trägersystemen für Atomwaffen.

Die Verwirklichung einer solchen Internationalen Konvention ist bei gemeinsamen Anstrengungen vieler politischer Institutionen unter Einbeziehung von Nichtregierungs-Organisationen (NROs) nicht unrealistisch. Eines der eindrucksvollsten Beispiele für die erfolgreiche Zusammenarbeit von NROs und Regierungen ist die Internationale Landminenkampagne.

Am 20. März 2004 werden wir mit weltweiten Aktionen der gescheiterten Kriegspolitik und der rechtswidrigen Atomwaffen-Strategie entgegen treten und eine Kehrwendung hin zu einer fortschrittlichen Kultur des Rechts und der Humanisierung zu verlangen.

Bitte unterstützen Sie den Internationalen Friedens-Aktionstag am 20. 3. und beteiligen Sie sich am Protestmarsch nach Ramstein!

Rückmeldecoupon – Fax 02 28 / 69 29 06

ICH UNTERZEICHNE DEN APPELL »STILLHALTEN IST TÖDLICH«
(SEITE 2 DES FALTBLATTES)

für den internationalen Friedens-Aktionstag 20. März 2004, Protestmarsch zur US-Air-Base / Atomwaffenlager Ramstein in Rheinland-Pfalz und bin mit der Veröffentlichung meines Namens als UnterzeichnerIn *einverstanden*

Datum / Unterschrift

Trägerkreis »20.03.04 Ramstein«
c/o Netzwerk Friedenskooperative
Römerstr. 88

53111 Bonn

Funktion / Org. _____

Name, Vorname _____

Adresse _____

Tel. / Fax _____

eMail _____

**Ich überweise eine Spende von _____ € auf das
IPPNW-Konto 600 42 447 · Stadtparkasse Rastatt
BLZ 665 500 70 · Stichwort: Ramstein**

Ich bestelle gegen Rechnung:

..... Exempl. des Flugblattes (4 S., DIN A4, 2farbig)
(à 0,09 €; ab 10 Ex. à 0,07 €; ab 100 Ex. à 0,06 €)

..... Exempl. des Plakates (DIN A2) (à 0,30 €; ab 10 Ex. à 0,25 €)

..... Hintergrundreader zum Thema
»ATOMWAFFEN / RAMSTEIN / IRAK / ...« (DIN A4, ca. 40 S., à 3 €)

alles zzgl. Versandkosten

Online-Bestellung unter www.friedenskooperative.de/cgi-bin/ramstein.pl